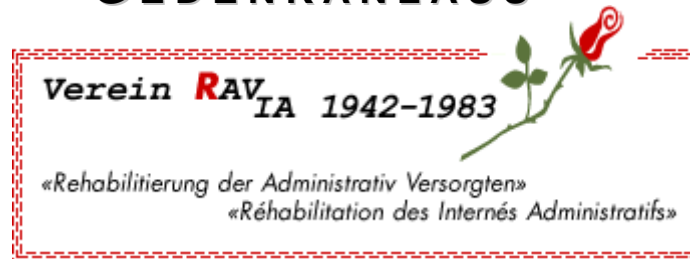


G E D E N K A N L A S S



Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Betroffene früherer fürsorglicher Zwangsmassnahmen

Ich wurde „versorgt“. Als ich ins Frauengefängnis Hindelbank kam, war ich 17 Jahre alt. In den Zellen neben mir lebten Mörderinnen, auf dem täglichen Spaziergang im Innenhof und am Arbeitsplatz traf ich auf verurteilte Straftäterinnen. Ich war im Gefängnis, obschon ich nie von einem Gericht verurteilt wurde. Mein einziges Vergehen war, dass ich jung war, leidenschaftlich, ich begehrte auf, zu guter letzt erwartete ich ein Baby von meiner grossen Liebe ohne verheiratet zu sein. Also wollte mich der Staat „nacherziehen“.

Viele von uns „administrativ versorgten“ Menschen erlebten bereits in unserer Kindheit unvorstellbare körperliche und seelische Gewalt: körperliche Züchtigung, Isolation und sexuellen Missbrauch, in Heimen, auf Bauernhöfen, in Pflegefamilien, als Aupair - oder sogar in unseren eigenen Familien. Schliesslich endeten wir zu unserem "Schutz" in Erziehungsanstalten, die vielmals Gefängnisse waren und in denen wir oft auf unbestimmte Zeit eingesperrt blieben. Tausende von Zwangsadoptionen, Zwangsabtreibungen, Zwangssterilisationen und Zwangskastrationen begleiten dieses dunkle Kapitel Schweizer Geschichte.

Wir zur Erziehung eingewiesenen Jugendlichen wurden nicht «erzogen», wie es damals das Gesetz nannte. Wir wurden auch nicht «bestraft». Nein, das Schlimmste, das man uns angetan hat, ist, dass man versuchte, unseren Willen zu brechen. Viele von uns sind daran wirklich zerbrochen. Für die damalige Gesellschaft wurden wir zum „Abfall der Gesellschaft“. Auch nach unserer Entlassung wurden wir als «Zuchthäusler» und «Knaschtis» verspottet. Die seelische Folter ging also unaufhörlich weiter. Solche Zwangsmassnahmen haben wahrlich keinen erzieherischen Wert, im Gegenteil, sie wirken zerstörerisch. Wir Betroffene leiden noch heute unter posttraumatischen Belastungssymptomen und haben schwere psychische und physische Leiden davon getragen, von sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung ganz zu schweigen. Viele von uns haben sich während der Internierung, kurz danach oder auch später das Leben genommen. Viele sind frühzeitig an einer Krankheit gestorben. Für die meisten administrativ versorgten Menschen, auch für die, die es später „geschafft“ haben, sind die Konsequenzen der damaligen fürsorglichen Zwangsmassnahmen verheerend. Solche seelischen Wunden verheilen nie.

Die gängige Begründung für die Unterbringung der Jugendlichen in Strafvollzugsanstalten und Strafkolonien war, dass man die finanziellen Mittel für die Errichtung spezieller, auf diese Jugendlichen ausgerichteter Institutionen nicht habe aufbringen können! Welch ein Hohn: Schäden an Leib und Seele wurden also aus rein finanziellen Gründen in Kauf genommen. Nicht wir Jugendlichen wurden geschützt, sondern das Portemonnaie der Behörden. Meistens mussten die Eltern oder Angehörigen für unseren Aufenthalt in den Gefängnissen und Anstalten sogar noch zahlen: „Pflegekosten“, wurde das genannt. Zudem mussten wir unbezahlte Zwangsarbeit leisten. Die administrative Versorgung war für den Staat ein lukratives Geschäft!

Nach der Entlassung hat uns der Staat im Stich gelassen. Das Stigma, im Gefängnis gewesen zu sein, begleitete uns fortan auf unserem Lebensweg. Viele blieben auf der Strecke, und diejenigen, die es dann doch geschafft haben, mussten immer wieder zittern, wenn sie in ihrem Lebenslauf diese Zeitspanne ausliessen und dann auf den weissen Fleck in ihrer Biografie angesprochen wurden. Der Staat hat uns mit seiner Willkür schlimme Wunden zugefügt. Sie werden sich nie schliessen. Welche Energie müssen wir aufbringen, um ein einigermaßen normales Leben zu führen!

Aber nicht nur der Staat hat uns zu Aussenseitern in der Gesellschaft degradiert; oft schliessen sich dem auch die sogenannten „guten Bürger“ gedankenlos oder zum Teil gar bewusst an. Bis heute werden unsere alten Wunden immer wieder aufgerissen.

Bei den Schäden durch die „administrative Versorgung“ geht es ums Menschliche, um das Leid. Es geht um irreversible körperliche und seelische Entwicklungsschädigungen. Viele von uns wurden immer wieder vollständig aus der Bahn geworfen.

Und deswegen haben wir eine Forderung: Es muss ein Härtefall-Fonds eingerichtet werden – als korrektive unterstützende Massnahme. Damit soll sich nicht der Staat „freikaufen“. Das ist nicht möglich. Es geht vielmehr darum, die Schuld, die der Staat und seine Beauftragten auf sich geladen haben, ins Bewusstsein der Gesellschaft und der künftigen Generationen zu bringen. Dies wäre ein Zeichen dafür, dass der Staat sein Versagen in der Vergangenheit tatsächlich zur Kenntnis nimmt.

Verhindern wir, dass solch monumentale Fehler ein zweites Mal passieren. Die Jugend ist der Hoffnungsträger unseres Landes. Wir sollten sie lieben und respektieren.

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Sommaruga, im Namen aller Betroffenen bitte ich Sie, sich dafür einzusetzen.

Ich danke Ihnen!

Ursula Biondi